

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich
(mit Ausnahme der Tage nach den Son-
und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Telephonanschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:
Illustrirtes Sonntagsblatt, Mode und Heim,
Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger
1 Mark 30 Pf. durch die Post.

Nr. 12

Mittwoch den 15. Januar.

1902.

Die Polenabende im Abgeordnetenhaus.

In Erwartung einer großen Polenabende hatte das Publikum schon seit zwei Tagen einen förmlichen Sturm auf die Karien zur Tribüne des Abgeordnetenhauses gelaufen, so daß der Präsident noch die besondere Anordnung getroffen hatte, den Zutritt zu den Räumen des Abgeordnetenhauses am Montag nur solchen Personen zu gestatten, die im Besitz einer Einlaßkarte waren. Ein großer Theil des Publikums wird jetzt wohl der Meinung des Abg. v. Jatzewski sein, der da meinte, daß diejenigen, welche etwas Neues erwarteten, wahrscheinlich getäuscht sein würden, denn etwas Neues würden sie nicht hören. Die Verhandlungen verliefen im Großen und Ganzen ruhig und würdig. Daß dies geschehen konnte, war im Wesentlichen auch das Verdienst des ersten Begründers der nationalliberalen Interpretation, des Abg. Sobrecht, der aus eigener langjähriger Erfahrung durch einen Aufenthalt von Dornitten, theils früher als Landrat in Oberschlesien, theils bei den Regierungen in Westpreußen und als Abgeordneter des westpreussischen Wahlkreises Berent-Stargard, die Verhältnisse in der Dornitz in ihren verschiedenen Phasen gründlich kennen gelernt hat. Die Art und Weise, wie der Abg. Sobrecht die ganze Frage, fern von jeder Provocation behandelte, war eine durchaus vornehme und in jeder Beziehung achtbare. Herr Sobrecht hat dabei durchaus den nationalen Standpunkt mit Wärme und Geschäftigkeit vertreten. Ob die ausdrücklich als seine persönliche Meinung bezeichnete Annahme, daß der Einfluß des Deutschthums in den westpreussischen Provinzen nicht zurückgegangen sei, eine richtige ist, lassen wir dahingestellt. Jedenfalls geht aus ihr hervor, daß Herr Sobrecht von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß keinesfalls ein Grund vorliege für die Deutschen, sich zurückdrängen zu lassen, und daß die Deutschen, wenn sie auf ihre eigene Kraft vertrauen, sehr wohl im Stande sind, auch den Einfluß, den ihnen die alte Cultur des Landes und die ganze Geschichte gewährt haben, geltend zu machen. Der nationalliberale Redner war auch nicht damit einverstanden, daß man in irgend einer Beziehung gegen die polnische Sprache vorgehe. Er könne nichts darin finden, wenn jene polnische Frau ausdrücklich erklärt hätte, daß die Mutter Marie nur polnisch spräche; er fand dies für sehr erklärlich. In Bezug auf die Schwierigkeiten, welche die Einmischung der Polen namentlich in Galizien der Staatsregierung gemacht hätten, trat Herr Sobrecht unbedingt auf die Seite der Staatsregierung. Er schloß damit, daß er dem Wunsch Ausdruck gab, daß die östlichen Provinzen in wirtschaftlicher Beziehung jedenfalls noch besonders gehoben werden möchten. Daß der Herr Reichskanzler, der sofort nach den beiden Interpellanten das Wort ergriß, die Ueberreibungen in Bezug auf die Agitation in der Westpreuser Angelegenheit entschieden zurückwies, bedarf wohl erst keiner weiteren Erörterung. Er beschönigte die Züchtigung der Kinder nicht, sondern hob mit vollem Recht hervor, es gäbe andere und wirksamere Mittel, um die Intention, daß in den deutschen Schulen auch die deutsche Sprache maßgebend sein müßte, zu verwirklichen. Er betonte ferner mit Nachdruck, daß die Bestimmungen über den katholischen Unterricht schon seit dreißig Jahren beständen, und daß die Staatsregierung nicht daran denke, die Empfindungen der Katholiken im Osten irgendwie zu verletzen. Er könne als ehrlicher Mann die Versicherung abgeben, daß die Staatsregierung keinerlei Zurücksetzung irgend einer Confession wolle. Nur müsse man sich gegenwärtigen, daß sie in nationalen Fragen unter keinen Umständen Späß verheße. Was die Zurückdrängung der Deutschen betreffe, so bewiesen die Thatsachen, welche er aus den Berichten des Oberpräsidenten von Posen und des Oberpräsidenten von Westpreußen entnahm, allerdings, daß in Bezug auf den Grundbesitz und die Zurückdrängung des Handels die Polen in letzter Zeit große Fortschritte gemacht haben. Auf das Programm des Herrn Reichskanzlers behalten wir uns vor, noch des

Näheren einzugehen. Jedenfalls ist anzuerkennen, daß er den Gedanken zurückwies, daß die Anstellung von Beamten in den öffentlichen Provinzen als irgend eine Zurücksetzung gelte. Der Herr Reichskanzler wollte dieselbe vielmehr als eine Auszeichnung angesehen wissen, und er sagte auch zu, daß den Beamten — hauptsächlich auch den Lehrern, namentlich auf dem platten Lande — eine Zulage gewährt werden sollte.

Politische Uebersicht.

England. Die Animosität gegen Deutschland ist auch nach der zweiten Rede des Grafen Bälou nicht gewichen, sondern, wie es den Anschein hat, noch im Steigen begriffen, wie selbst die neueste Rede des Herrn Chamberlain bekundet. Bei Besprechung dieser Rede billigt die „Times“ die Antwort Chamberlains auf den Appell des Grafen Bälou an die panamerikanischen Völkerversammlungen. „Daily Telegraph“ preist Chamberlain, greift heftig den Grafen Bälou an und beschuldigt ihn, daß er die weitläufige Politik seines kaiserlichen Herrn durchkreuze. Der Kaiser, sagt das Blatt weiter, ist der begabteste Politiker Deutschlands; seine Staatsmannschaft ist ritterlich, aber Graf Bälou hat sich als ein unglücklicher Interpret derselben erwiesen. — Der „Standard“ greift dies mal nur die Burenfreunde wegen ihrer schmählichen Versuche an, Feindschaft zwischen den Völkern zu sähen, und fügt hinzu, die deutschen Staatsmänner müßten einsehen, daß ein Vergleich zwischen der englischen und der deutschen Armeen nur als ein Zeichen der Achtung für die englischen Soldaten aufgestellt werden könne. Die „Morning Post“ ist wie der „Daily Telegraph“ der Ansicht, daß die Antwort Chamberlains auf die Rede des Grafen Bälou des ersten Volkshühnchens geträugelt habe. Der imperialistische „Daily Chronicle“ protestirt dagegen, daß Chamberlain bei jeder Gelegenheit die Person des Colonialsecretärs in den Vordergrund stelle. — Der „Globe“ sagt, die Erwiderung Chamberlains sei würdevoll gewesen. Wir wünschen, so fährt das Blatt fort, keine ewige Jänkerei mit der Presse und dem Parlament einer Nation, mit der wir auf freundschaftlichem Fuße stehen sollten; aber die Ehre unserer Soldaten kann und nicht gleichgültig sein. Das Blatt behauptet, daß die Zuneigung des britischen Volkes gegenüber Deutschland so fest steht, wie ein Fels. Die „Ball Mall Gazette“ billigt ebenfalls die Erwiderung Chamberlains und tadelt die deutsche Regierung, weil sie die Veröffentlichung von Schmähchriften gegen Mitglieder der britischen königlichen Familie gestatte. Das Blatt verlangt, daß die deutsche Regierung in dieser Hinsicht eingreife, wenn zwischen den beiden Ländern freundliche Beziehungen wieder hergestellt werden sollen. — Zu diesen englischen Bestimmungen bemerkt die „Magd. Ztg.“: Die in England um sich greifende Mißstimmung gegen Deutschland ist nur ein neuer Beweis für die Beobachtung, daß in unserem Zeitalter vollster Oeffentlichkeit die Möglichkeit, sich mißzuvernehmen, man könnte fast sagen, sich gar nicht mehr zu verstehen, bedeutend größer geworden ist. Unzweifelhaft waren die brutalen Beleidigungen, die Herr v. Liebermann sich auf offener Tribüne des Reichstages erlaubte, die schwersten, die man sich denken kann, und wir können nur bedauern, daß gegenüber solchen, den Frieden zwischen zwei Völkern auf das Schärfste gefährdenden Ausschreitungen dem Präsidenten des Reichstages nur ein schwächlicher Ordnungsruf als Rüge zureicht. Aber wenn man in England wüßte, wer Herr v. Liebermann ist, so würde man auch über diesen Zwischenfall anders urtheilen, als es geschieht. Und vollends unverständlich ist es, wenn der Unwille sich über den Kopf des Uebelthäters hinweg gegen den Reichskanzler richtet, der mit seinen Erklärungen nach dem Urtheil unserer parlamentarischen Kreise und unabhängigen Presse sowohl den Angriffen auf den Minister Chamberlain, wie auf das englische Volk

innerhalb der Schranken, die ihm selbst in einer parlamentarischen Körperschaft, deren Ordnung vom Präsidenten aufrecht erhalten wird, gezogen sind, in ausreichender Weise entgegengetreten ist. Zu einer Entschuldigungsrede oder gar einer Abbitte, wie ein Theil der englischen Presse sie fordert, die leider auch hier grade in ihren hervorragenden Organen mehr den Unfrieden sät, als den Frieden zu fördern sucht, liegt durchaus kein Anlaß vor, und der Hinweis auf Herrn Gladstones Verhalten Oesterreich gegenüber ist durchaus hinfällig. Damals war Herr Gladstone in der That der Beleidiger; Graf Bälou aber hat nur einen Deutschen an einer empfindlichen Stelle berührend, unpassend und ungerathen Vergleichen in entscheidender, aber nicht verletzender Weise zurückgewiesen. Das wird auch, wenn die kurzen Auszüge aus Herrn Chamberlains Rede einen Schluß zulassen, von diesem übersehen, wenn er erklärt hat, er wolle seinem auswärtigen Minister Actionen ertheilen. Wir haben an dem Grafen Bälou nun die Regierung entdeckt, die Rolle eines Staatsmannes und Diplomaten mit der eines Schulmeisters zu vertauschen, und in seinen staatsmännlichen Actionen hat er es an Rücksicht auf das Ausland und seine Kollegen im Ausland nicht fehlen lassen, soweit das mit dem Interesse und der Ehre des Landes, dem er zu dienen hat, verträglich war. Wir hoffen, man wird das auch in England erkennen, wenn man die Reden des Grafen Bälou mit ruhigerem Blute und nicht nur in kurzen Auszügen, sondern im Wortlaut gelesen haben wird. Wir können dabei aber auch einen anderen Wunsch nicht unterdrücken, den Wunsch, daß man mit einer gewissen Feuerwerkerei, wie sie seit Jahr und Tag von gewisser Seite im Parlament und in einem Theile der Presse Englands gegenüber getrieben worden ist, endlich aufhören möchte. Wenn, wie man uns mittheilt, der englische Volksthafter neuerlich Beschwerden geführt haben sollte über rohe Angriffe auf hochgestellte Persönlichkeiten in England und auf die englische Arme, so würden wir diesen Beschwerden die Berechtigung nicht abstreiten können und uns auch nicht damit entschuldigen wollen, daß ähnliche Böbeleben in englischen Blättern gegen und bezuglich sind und bezuglich werden. Wir können uns nicht mit den schlechten Sitten Anderer entschuldigen.

Rußland. Die Maßregeln der russischen Regierung zur Russifizierung Finlands nehmen ihren Fortgang. So meldet unterm 13. d. R. die „Finlandskaja Gasetta“: Der Generalgouverneur Dobrolikow hat den Kommandeur des 3. finnischen Leibgarde-Schützenbataillons angewiesen, besonders darauf zu sehen, daß altmährische Russen entfernt werde, was nicht durch örtliche Eigenthümlichkeiten hervorgerufen ist und die Vereinigung der finnischen Schützen mit den anderen Theilen der Garde-Schützenbrigade erschweren könnte. Ferner solle auch mehr auf eine erfolgreiche Erlernung der russischen Schrift und Sprache bei der Mannschaft gesehen werden, da ohne deren Kenntniß in Zukunft eine Verbesserung zu Unteroffizieren nicht stattfinden könne. — Aus Helsinki wird gemeldet, daß der russische Minister des Innern die Aufhebung des finnischen Telegraphenbureaus (Helsinki Telegrambyran) vom 1. Februar ab befohlen hat.

Südafrika. Aus Aliwal North, 11. Jan., wird gemeldet: Der König von dem General Methuen gefangen genommene Burenführer Liebenberg, der des Nordes an Leutnant Neymeyer angeklagt war, ist hingerichtet worden.

China. Der chinesische Hof hat den berechtigten Wunsch, die Beziehungen zu den auswärtigen Diplomaten auch formell wieder in Gang zu bringen, und hat deshalb das nicht mehr aufrechterhaltene frühere Ceremoniel bei den Umständen entsprechend abgeändert. Es schweben aber noch Hemmnisse sachlicher Art. Der französische Gesandte hat Forderungen gestellt, allerdings zum großen Theil Sonderansprüche, welche mit den Rechten anderer Mächte erst verglichen werden müssen. Dem v. v.



Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn-
und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr.
Telephonanschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:
Illustrirtes Sonntagsblatt, Mode und Heim,
Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger
1 Mark 30 Pf. durch die Post.

Nr 12

Mittwoch den 15. Januar.

1902.

Die Polenrede im Abgeordnetenhaus.

„In Erwartung einer großen Polenrede hatte das Publikum schon seit zwei Tagen einen förmlichen Sturm auf die Karten zur Tribüne des Abgeordnetenhauses gelaufen, so daß der Präsident noch die besondere Anordnung getroffen hatte, den Zutritt zu den Räumen des Abgeordnetenhauses am Montag nur solchen Personen zu gestatten, die im Besitz einer Einlaschkarte waren. Ein großer Teil des Publikums wird jetzt wohl der Meinung des Abg. v. Jadzowski sein, der da meinte, daß diejenigen, welche etwas Neues erwarten, wahrscheinlich getäuscht sein würden, denn etwas Neues würden sie nicht hören. Die Verhandlungen verliefen im Großen und Ganzen ruhig und würdig. Daß dies geschähe konnte, war im Wesentlichen auch das Verdienst des ersten Begründers der nationalliberalen Interpellation, des Abg. Hübner, der aus eigener langjähriger Erfahrung durch einen Aufenthalt von Decennien, theils früher als Landrat in Oberschlesien, theils bei den Regierungen in Westpreußen und als Abgeordneter des westpreussischen Wahlkreises Verent-Stargard, die Verhältnisse in der Dänemark in ihren verschiedenen Absäen gründlich kennen gelernt hat. Die Art und Weise, wie der Abg. Hübner die ganze Frage, fern von jeder Provocation behandelt, war eine durchaus vornehm und in jeder Beziehung sachliche. Herr Hübner hat dabei durchaus den nationalen Standpunkt mit Würde und Entschiedenheit vertreten. Ob die ausdrücklich als seine persönliche Meinung bezeichnete Annahme, daß der Einfluß des Deutschthums in den westpreussischen Provinzen nicht zurückgegangen sei, eine richtige ist, lassen wir dahingestellt. Jedenfalls geht aus ihr hervor, daß Herr Hübner von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß keinesfalls ein Grund vorliegt für die Deutschen, sich zurückdrängen zu lassen, und daß die Deutschen, wenn sie auf ihre eigene Kraft vertrauen, sehr wohl im Stande sind, auch den Einfluß, den ihnen die alte Cultur des Landes und die ganze Geschichte gebühren, geltend zu machen. Der nationalliberale Redner war auch nicht damit einverstanden, daß man in irgend einer Beziehung gegen die polnische Sprache vorgehe. Er könne nichts darin finden, wenn jene polnische Frau ausdrücklich erklärt hätte, daß die Mutter Maria nur polnisch spräche; er fand dies für sehr erklärlich. In Bezug auf die Schwierigkeiten, welche die Einmischung der Polen namentlich in Galizien der Staatsregierung gemacht hätten, trat Herr Hübner unbedingt auf die Seite der Staatsregierung. Er schloß damit, daß er dem Wünsche Ausdruck gab, daß die östlichen Provinzen in wirtschaftlicher Beziehung jedenfalls noch besonders gehoben werden möchten. Daß der Herr Reichskanzler, der sofort nach den beiden Interpellationen das Wort ergriß, die Ueberreibungen in Bezug auf die Agitation in der Westpreußen Angelegenheit entschieden zurückwies, bedarf wohl erst keiner weiteren Erwähnung. Er beschönigte die Züchtigung der Kinder nicht, sondern hob mit vollem Recht hervor, es gäbe andere und wirksamere Mittel, um die Intention, daß in den deutschen Schulen auch die deutsche Sprache maßgebend sein müsse, zu verwirklichen. Er betonte ferner mit Nachdruck, daß die Bestimmungen über den katholischen Unterricht schon seit dreißig Jahren beständen, und daß die Staatsregierung nicht daran denke, die Empfindungen der Katholiken im Osten irgendwies zu verletzen. Er könne als ehrlicher Mann die Versicherung abgeben, daß die Staatsregierung keinerlei Zurücksetzung irgend einer Confession wolle. Nur müsse man sich gegenwärtigen, daß sie in nationalen Fragen unter seinen Umständen Späß verhebe. Was die Zurückdrängung der Deutschen betreffe, so beriefen sie die Thatsachen, welche er aus den Berichten des Oberpräsidenten von Posen und des Oberpräsidenten von Westpreußen entnimme, allerdings, daß in Bezug auf den Grundbesitz und die Zurückdrängung des Handels die Polen in letzter Zeit große Fortschritte gemacht haben. Auf das Programm des Herrn Reichskanzlers behalten wir uns vor, noch des



halten aufgestellt werden könne. Die „Morning Post“ ist wie der „Daily Telegraph“ der Ansicht, daß die Antwort Chamberlains auf die Rede des Grafen Bülow des ersten Volkethümlichkeit geträufelt habe. Der imperialistische „Daily Chronicle“ protestirt dagegen, daß Chamberlain bei jeder Gelegenheit die Person des Colonialsecretärs in den Vordergrund stelle. — Der „Globe“ sagt, die Erwiderung Chamberlains sei würdevoll gewesen. Wir wünschen, so fährt das Blatt fort, keine ewige Jänkelei mit der Presse und dem Parlament einer Nation, mit der wir auf freundschaftlichem Fuße stehen sollten; aber die Ehre unserer Soldaten kann uns nicht gleichgültig sein. Das Blatt bedauert, daß die Zuneigung des britischen Volkes gegenüber Deutschland so schlecht erwidert werde. Die „Ball Mall Gazette“ billigt ebenfalls die Erwiderung Chamberlains und tadelt die deutsche Regierung, weil sie die Veröffentlichung von Schmähschriften gegen Mitglieder der britischen königlichen Familie gestatte. Das Blatt verlangt, daß die deutsche Regierung in dieser Hinsicht eingreife, wenn zwischen den beiden Ländern freundliche Beziehungen wieder hergestellt werden sollen. — Zu diesen englischen Pressstimmen bemerkt die „Magb. Zig.“: Die in England um sich greifende Missstimmung gegen Deutschland ist nur ein neuer Beweis für die Beobachtung, daß in unserem Zeitalter völliger Offenheit die Möglichkeit, sich mißzuverstehen, man konnte fast sagen, sich gar nicht mehr zu verstehen, bedeutend größer geworden ist. Unzweifelhaft waren die brutalen Beleidigungen, die Herr v. Liebermann sich auf offener Tribüne des Reichstages erlaube, die schwersten, die man sich denken kann, und wir können nur bedauern, daß gegen sie solchen, den Frieden zwischen zwei Völkern auf das Schärfste gefährdenden Ausschreitungen dem Präsidenten des Reichstages nur ein schwächlicher Ordnungsruf als Rüge zuleibt. Aber wenn man in England wüßte, wer Herr von Liebermann ist, so würde man auch über diesen Zwischenfall anders urtheilen, als es geschieht. Und vollends unverkennlich ist es, wenn der Unwille sich über den Uebelthäter hinweg gegen den Reichskanzler richtet, der mit seinen Erklärungen nach dem Urtheil unserer parlamentarischen Kreise und unabhängigen Presse sowohl den Angriffen auf den Minister Chamberlain, wie auf das englische Volk

innerhalb der Schranken, die ihm selbst in einer parlamentarischen Körperschaft, deren Ordnung vom Präsidenten aufrecht erhalten wird, gezogen sind, in ausreichender Weise entgegengetreten ist. Zu einer Entschuldigungsrede oder gar einer Abbitte, wie ein Theil der englischen Presse sie fordert, die leider auch hier gerade in ihren hervorragendsten Organen mehr den Antrieben folgt, als den Forderungen zu fördern sucht, liegt durchaus kein Anlaß vor, und der Hinweis auf Herrn Gladstones Verhalten Dehretlich gegenüber ist durchaus hinfällig. Damals war Herr Gladstone in der That der Verteidiger; Graf Bülow aber hat nur einen Deutschland an einer empfindlichen Stelle berührenden, unpassenden und ungerathenen Vergleich in entscheidender, aber nicht verletzender Weise zurückgewiesen. Das wird auch, wenn die kurzen Auszüge aus Herrn Chamberlains Rede einen Schluß zulassen, von diesem übersehen, wenn er erklärt hat, er wolle seinem ausländischen Minister Actionen ertheilen. Wir haben an dem Grafen Bülow nun die Meinung ertheilt, die Rolle eines Staatsmannes und Diplomaten mit der eines Schulmeisters zu vertauschen, und in seinen staatsmännischen Actionen hat er es an Rücksicht auf das Ausland und seine Kollegen im Ausland nicht fehlen lassen, soweit das mit dem Interesse und der Ehre des Landes, dem er zu dienen hat, verträglich war. Wir hoffen, man wird das auch in England erkennen, wenn man die Reden des Grafen Bülow mit ruhigerem Blute und nicht nur in kurzen Auszügen, sondern im Wortlaut gelesen haben wird. Wir können dabei aber auch einen anderen Wunsch nicht unterdrücken, den Wunsch, daß man mit einer gefühlvollen Feuerwerkerei, wie sie seit Jahr und Tag von gewisser Seite im Parlament und in einem Theile der Presse Englands gegenüber getrieben worden ist, endlich aufhören möge. Wenn, wie man uns mittheilt, der englische Volksthafter neuerlich Beschwerde geführt haben sollte über rohe Angriffe auf hochgestellte Persönlichkeiten in England und auf die englische Armee, so würden wir diesen Beschwerden die Berechtigung nicht abstreiten können und uns auch nicht damit entschuldigen wollen, daß ähnliche Vöbeln in englischen Blättern gegen uns begangen sind und begangen werden. Wir können uns nicht mit den schlechten Sitten Anderer entschuldigen.

Rußland. Die Maßregeln der russischen Regierung zur Russifizierung Finlands nehmen ihren Fortgang. So meldet unterm 13. d. M. die „Finlandskaja Gasetta: Der Generalgouverneur Bobrikow hat den Kommandeur des 3. finnischen Leibgarde-Schützenbataillons angewiesen, besonders darauf zu sehen, daß allmählich Alles einseitig werde, was nicht durch örtliche Eigenthümlichkeiten herbeigeführt ist und die Vereinigung der finnischen Schützen mit den anderen Theilen der Garde-Schützenbrigade erschweren könnte. Ferner solle auch mehr auf eine erfolgreiche Erlernung der russischen Schrift und Sprache bei der Mannschaft gesehen werden, da ohne deren Kenntniß in Zukunft eine Verbesserung zu Unteroffizieren nicht stattfinden könne. — Aus Helsingfors wird gemeldet, daß der russische Minister des Innern die Aufhebung des finnischen Telegraphenbureau (Finlands Telegrambyran) vom 1. Februar ab beschließen hat.

Südafrika. Aus Natal North, 11. Jan., wird gemeldet: Der kürzlich von dem General Methuen gefangen genommene Burenführer Liebenberg, der des Nordes an Leutnant Reymeyer angeklagt war, ist hingerichtet worden.

China. Der chinesische Hof hat den berechtigten Wunsch, die Beziehungen zu den auswärtigen Diplomaten auch formell wieder in Gang zu bringen, und hat deshalb das nicht mehr aufrechterhaltene frühere Ceremoniell den Umständen entsprechend abgeändert. Es schweben aber noch Hemmnisse sachlicher Art. Der französische Gesandte hat Forderungen gestellt, allerdings zum großen Theil Sonderansprüche, welche mit den Rechten anderer Mächte erst verglichen werden müssen. Dem v. A.